

Finanzministerium bremst Bahr – Kabinetttstermin für Versorgungsgesetz wackelt

Das Bundesfinanzministerium trägt die Pläne des neuen Gesundheitsministers Daniel Bahr zur Behebung des Ärztemangels nicht mit. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete am Wochenende vorab, dass das Finanzministerium eine gründliche Überarbeitung des Referentenentwurfs verlange.

Bahr liefere keine nachvollziehbaren Berechnungen. Zudem könne der Eindruck entstehen, es gehe nur um mehr Geld im Gesundheitswesen, argumentiert das Finanzministerium in seiner 12-seitigen Stellungnahme. Damit könnte der Kabinetttstermin für das Gesetz gefährdet werden. Nach bisherigen Plänen sollte sich das Kabinett am 3. August mit dem Gesetzentwurf befassen.

Das mit den Bundesländern abgestimmte Gesetzesvorhaben sieht vor, dass Ärzte mit finanziellen Anreizen für eine Tätigkeit in unterversorgten Gebieten gewonnen werden sollten. Das Haus von Finanzminister Wolfgang Schäuble will solche Zuschläge zwar akzeptieren, aber zugleich Abschläge für Ärzte in überversorgten Gebieten einführen. Bahr will dagegen laut „Spiegel“ in Großstädten wie Hamburg oder München, wo es häufig zu viele Praxen gibt, den Medizinern keine finanziellen Abstriche zumuten.

FDP-Sprecher Wulf Oehme widersprach in einer ersten Stellungnahme der Darstellung, dass Schäuble seinen Kabinettskollegen Bahr bremse. Er teilte am Sonntag mit: „Das Überprüfen von Gesetzesentwürfen aus anderen Ressorts ist ein alltäglicher Vorgang. Dass es hierbei auch zu unterschiedlichen fachlichen Bewertungen kommen kann, ist ganz normal. Das wird jetzt geklärt.“

Quelle: eilmeldung_bounce@facharzt.de; im Auftrag von: eilmeldung@facharzt.de